

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18 Jahrgang

Donnerstag, 10. Feber 1938

Nr. 34

Der Exkronprinz ohne Paß über die Grenze?

Wien. (Gavas.) Der ehemalige deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm hat auf der Reise nach Italien dieser Tage in Begleitung seines Adjutanten die österreichisch-bayerische Grenze bei Ruffein passiert. Er konnte von seinen Identitätsnachweisen den Reisepaß nicht vorweisen, von dem er behauptete, daß er ihn zu Hause verlegt habe. Die österreichischen Grenzbehörden ließen ihn jedoch auch ohne diese Formalitäten passieren. Einigen Nachrichten zufolge betrat der ehemalige Kronprinz österreichisches Gebiet Donnerstag, den 3. Feber, anderen Nachrichten zufolge Sonntag, den 6. Feber.

Emigrierende Generäle...

Am Mittwoch sind auf österreichischem Gebiet bei Salzburg ungefähr zwanzig deutsche Offiziere, darunter drei Generale, auf der Durchreise in die Schweiz angekommen. Es handelt sich um Offiziere, die durch die Verfügung des „Rührers“ pensioniert wurden.

Nur eine Erholungsreise? Nur ein kleiner Ausflug, um unangenehmen Gerüchten zu entgehen? Oder eine Ueberflucht in ein Land, in dem sie sich sicherer und wohler fühlen als im Vaterland? Werden auch diese Emigranten beschimpft werden wie die sozialistischen, jüdischen und katholischen Flüchtlinge, die das Leben in der Fremde dem Erschlagen oder zumindest Eingesperrtwerden in der Heimat vorzuziehen?

Es schien zuerst, als erzähle nur ein Gerücht von der Durchreise der deutschen Offiziere durch Österreich. Aber das Gerücht wurde später durch erste Nachrichten bestätigt. Die plötzliche Massenabreise der Offiziere wird schon einen triftigen Grund haben. Die Herren werden sich dessen erinnern haben, daß vor nicht langer Zeit deutsche Generäle in ihrer Wohnung umgebracht wurden. — Und selbst wenn es sich nur um ein Gerücht handelt: ist es nicht bezeichnend, daß ein solches Gerücht entstehen kann? Glaubt nicht ohne weiteres die ganze Welt, daß im Dritten Reich auch hohe Offiziere vor tödenden Händen nicht sicher sind?

Niemöller-Prozeß vertagt

Berlin. Pfarrer Niemöller hat, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, Dienstag abends seinen drei Verteidigern das Mandat entzogen. Das Sondergericht hat daraufhin für Niemöller einen Offizialverteidiger bestellt. Da dieser neue Verteidiger sich erst in das überaus umfangreiche Prozeßmaterial einarbeiten muß, ist der Prozeß vorübergehend vertagt worden.

Die Klagebeantwortung Niemöllers umfaßt 120 Seiten. Unter den Zeugen, welche die Verteidigung unterstützen, soll sich auch der bekannte Chirurg Professor Sauerbruch befinden.

Dienstag abends fand in der Dahlemer Kirche ein Sondergottesdienst mit Gebeten für Pastor Niemöller statt. Die Gläubigen füllten die Kirche bis auf den letzten Platz. Gebete fanden auch für Hitler, seine Berater und für die Richter statt, damit diese im gegenwärtigen Prozeß ein gerechtes Urteil fällen.

Noch zehn Milliarden Francs für Rüstungen!

Paris. Minister für Nationalverteidigung Daladier berief für Mittwoch zu einer gemeinsamen Beratung den Wehr-, den Marine- und den Flugwaffenminister ein, um über die Bewilligung neuer Kredite für die Armee zu beraten. Der Minister hat, wie die Blätter melden, die Absicht, für die Kriegsmarine einen außerordentlichen Kredit von zehn Milliarden Francs zu verlangen.

Noch heuer beabsichtigt er zwei neue Kreuzer von je 35.000 Tonnen in Auftrag zu geben. Bisher ist es nicht bekannt, welchen Kredit Minister Daladier für das Flugwesen verlangen wird. Es heißt, daß er den Bau von 1000 neuen Flugzeugen und einigen neuen Flugbasen insbesondere in Zentralafrika vorschlägt.

Fragen an Konrad Henlein

Wer zahlte die neue Reise nach Stuttgart? Was ist mit den Deutschen in Südtirol?

Henlein hat nun mehr als eine Woche in Deutschland verbracht. Zu Beginn seines Aufenthaltes in der „Stadt der Auslandsdeutschen“ erließene er in Stuttgart jene Kunstausstellung, die nicht dem sudetendeutschen Kunstschaffern dient, sondern dem Propagandabedürfnis der SDP. Er brückte vielen hohen Funktionären der NSDAP die Hand, vor allem aber dem Gauleiter Bohle, der die nationalsozialistische „Vetreuung“ der Auslandsdeutschen innehat.

Schließlich präsidierte Konrad Henlein in Saarow bei Berlin einer Tagung des Verbandes der deutschen Volksgruppen. Dieser Verband umfaßt die deutschen Minderheiten in den verschiedenen europäischen Ländern und hat die Aufgabe, die Interessen dieser Minderheiten wahrzunehmen. Es ist die Vermutung aufgetaucht, daß der Verband der deutschen Volksgruppen unter dem Vorsitz Konrad Henleins zu einem bloßen Instrument der nationalsozialistischen Außenpolitik gemacht wurde. Herr Henlein könnte jedoch diese Vermutung widerlegen, indem er nachweist, daß er auf der Tagung in Stuttgart tatsächlich für die bedrückten Volksgenossen eingetreten ist. Nämlich z. B. für jene in Südtirol, von denen eben jetzt einine wegen des Singens deutscher Lieder von der faschistischen Gerichten bis zu fünf Jahren Zuchthaus und zur Zwangsdeportierung verurteilt wurden.

Hat Henlein diese Tatsache in Stuttgart zur Sprache gebracht oder nicht? Wenn er es nicht tat: warum nicht? Gelten ihm als dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Volksgruppen die deutschen Südtiroler weniger als die Angehörigen der deutschen Minderheiten in anderen Ländern? Wenn ihm die deutschen Südtiroler weniger gelten, so wenig, daß er ihre empörende Behandlung nicht einmal zur Sprache brachte: warum gelten sie ihm weniger, warum gelten sie ihm gar nichts? Das Schicksal der südtiroler Deutschen schweigend hinnehmen ist gleichbedeutend mit Nationalverrat.

Besonders dann, wenn man, wie Henlein, ausdrücklich damit bekennt ist, die Interessen der Volksgenossen wahrzunehmen. Wie will und kann Konrad Henlein diesen Nationalverrat begründen?

Am 23. Dezember 1937 hat die Tschechoslowakische Nationalbank auf eine Anfrage des „Právo Lidu“ mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage war, bei der Valutazuteilung für die Auslandsreisen des Herrn Konrad Henlein Vorentscheid zu geben, denn dieser habe noch nie, weder direkt noch indirekt, um eine Valutazuteilung bei der Tschechoslowakischen Nationalbank angefragt. Schon früher tauchte die Frage auf, wer denn eigentlich bei diesem Tatbestand die Auslandsreisen Henleins finanzierte. Schmutzget Henlein die Devisen, die er im Ausland braucht, über die Grenze? Das nehmen wir auch nicht an. Aber von den 1000 Kč, die er mitnehmen darf, kann er doch nicht mehr als eine Woche lang in Stuttgart leben.

So fragen wir denn, da Henlein nun aus dem Dritten Reich wieder zurückgekehrt ist: wer hat die Reise nach Stuttgart finanziert? Hat die Tschechoslowakische Nationalbank diesmal eine Bewilligung zur Ausfuhr von Valuten erteilt? Wenn nicht: mit wessen Geld zahlte Konrad Henlein seine Stuttgarter und Berliner Hotelrechnungen?

Henlein schweigt auf ähnliche Anfragen schon monatelang. Die neue Reise, die den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Volksgruppen in so merkwürdiger Rolle gegenüber unseren südtiroler Volksgenossen erscheinen läßt, wird von der sudetendeutschen Öffentlichkeit erst dann richtig gewürdigt werden, wenn Henlein auf die gestellten Fragen klare Auskunft gibt. Oder will der Mann nicht nur den Vorwurf, mit fremdem Geld zu repräsentieren, sondern auch den Vorwurf, die Interessen der südtiroler Deutschen zu haben, widersprüchlich hinnehmen?

Francos Angriff zum Stehen gebracht

Riesige Verluste der Rebellen

Barcelona. Während die republikanischen Abteilungen, die nördlich von Teruel kämpften, den Vorwärtsschritt der aufständischen Truppen bei Montalban zum Stehen brachten, unternahm andere Abteilungen am Dienstag einen Gegenangriff westlich von Teruel und besetzten die Gote 1325 östlich von Baldeuena und südlich von Vesag. Baldeuena befindet sich im Fuß des ersten Abhanges des Berges Universales. Die Festung Albaracin befindet sich bisher in den Händen der Aufständischen.

Die Front der Aufständischen hat sich durch die letzte Offensive zwar erweitert, doch konnte durch die Offensive nicht das Hauptziel, nämlich die Abschneidung der Straße am Camineal nach Montalban erreicht werden, welche die wichtigste Kommunikation zwischen der Armee und Teruel darstellt.

Nach einer zweitägigen ungewöhnlich heftigen Schlacht gelang es dem Oberkommando der Regierungstruppen, alle Abteilungen zu reorganisieren. An manchen Stellen mußten die Regierungstruppen zurückgehen, doch die sofort dorthin entsandten Verstärkungen machten es möglich, die Lande von Angriffen, welche die Aufständischen gegen die Stellungen der Republikaner eröffneten, zum Stehen zu bringen. Sierra Palomera wurde geoffert, doch haben sich die Regierungstruppen nunmehr oberhalb des Flusses Alambra auf den Höhen festgesetzt, dessen rechtes Ufer sie beherrschen und wo sie den feindlichen Angriffen erfolgreich Widerstand leisten können.

Man nimmt an, daß die Aufständischen hier in der ersten Linie 80.000 Mann eingesetzt haben. Republikanische militärische Kreise betonen, daß die Aufständischen bei den letzten Operationen riesige Verluste erlitten.

Wieder Mordflüge

Barcelona. (Ag. Esp.) Am 10. Ubr haben sechs dreimotorige italienische Flugzeuge 60 Bomben auf Sagunto abgeworfen. Dann flogen sie Richtung Valencia weiter, drehten jedoch über Balbarosa ostwärts ab und verschwanden über dem Meer.

Am 18. Ubr versuchten zwei Geschwader von je drei Apparaten gleichzeitig Valencia und Sagunto zu bombardieren. Ihr Flug gelang nur über Sagunto, während sie durch Flakfeuer verhindert wurden, Valencia zu erreichen. Sie warfen dann ihre Bomben auf Felder und ins Meer.

Neue anti-englische Propaganda

London. Der römische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet das Wiederaufleben der anti-englischen Radiosendungen. Dienstag wurden Nachrichten über anti-englische Unruhen in Jemen und in Kairo gesendet.

Aus dem Inhalt:
Tschechische Abgeordnete antworten Dr. Rosche
Franz Rasch zum Gedächtnis
Carol verhandelt mit der Opposition?
Achtung auf falsche Banknoten!

Rüstungswahnsinn

„Die Zustände in der Welt werden schrittweise schlimmer und schlimmer“, sagte der Vorsitzende des Außenausschusses des amerikanischen Senats, Senator Pittman, einer der vertrautesten Mitarbeiter des Präsidenten Roosevelt. „Die sogenannten totalitären Regierungen haben ihre Kriegsmittel dauernd verstärkt und konzentriert und die demokratischen Regierungen haben sich vor Bangigkeit um den Frieden Schritt um Schritt zurückgezogen.“ Pittman hält, welcher Ansicht man gewiß nicht zustimmen muß, den Krieg für fast unvermeidlich. „Inzwischen aber müssen die Vereinigten Staaten aufrücken und ihre Landesverteidigung vorbereiten, ohne auch nur einen Augenblick lang an die Kosten zu denken.“

Ohne an die Kosten zu denken! Ach, es wird auch den Amerikanern kaum möglich sein, nicht an die ungeheuren Kosten der Rüstung zu denken, wenn sie in den Reitzungen die Budgetzahlen lesen. Und außer den Rüstungsindustriellen wird keiner ohne Gram an sie denken. Nicht nur der Steuern wegen! Auch wegen des Zwecks der Rüstungen, die ja doch, wenn auch zur Abwehr bestimmt, der Vorbereitung auf den Krieg dienen. Und in Amerika ist, wie in allen demokratischen Staaten, die Stimmung der Bevölkerung durchaus friedensfreundlich.

Friedensfreundlich sind auch die Völker Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, der Schweiz, die Völker aller demokratischen Staaten, die das phantastische Rüsten der Diktaturstaaten zwang, sich dem schaurigen Reigen der um die Welt Rüstenden einzuschließen. Wohl hat auch in diesen Ländern die Rüstung die Konjunktur belebt, aber so froh Arbeitslose sind, wieder arbeiten zu dürfen, — auch die Arbeiter, die in der Kriegsindustrie Arbeit bekommen, wissen, und erst recht wissen es die anderen, daß das Hineinpumpen gewaltiger Summen in die Rüstung eine wirtschaftliche Reklamation ist, daß die Rüstungskonjunktur nicht zu dauernder Gesundheit der Wirtschaft führt — und das Dröhnen und Stampfen der Maschinen kann nicht die Stimme der Besorgnis überdecken, daß diese Arbeit dem Kriege dient. Und von einem etwaigen kommenden Kriege herrschen allgemein die schlimmsten Vorstellungen, man fürchtet ihn nicht nur seiner selbst und der Familie, seines Landes und Volkes wegen, man bangt, wenn man an einen Krieg denkt, um Europa.

Die Welt „verdankt“ den Rüstungswahnsinn den Diktaturstaaten!

Nimmer wieder sollen es alle, die das Rüsten und den Krieg verabscheuen, sich ins Gedächtnis rufen. Und es denen sagen, die zu glauben vorgeben, das Rüsten Deutschlands etwa habe nur den Zweck, diesem Staat wieder den ihm gebührenden Rang unter den Weltmächten zu verschaffen. Deutschland hatte vor Hitler nicht weniger Bedeutung als heute, ja, es bedeutete wirtschaftlich für die ganze Welt weit mehr! Aber es war zugleich geachtet und geehrt. Nicht gefährdet! Aber eines Volkes Größe wird nicht bestimmt durch den Grad der Furcht, den es erweckt.

Alle Völker können unter den Rüstungslasten, die keinen mehr als die großen, und doch, so schmerzhaft diese Erkenntnis ist — es bleibt ihnen keine Wahl. Sollen sie sich nicht selbst aufgeben, so müssen auch sie rüsten, müssen sie alle, alle rüsten. Auch die grundmäßig friedliche Schweiz, deren Neutralität durch feierliche Verträge verbürgt ist, muß rüsten. Wahrscheinlich nicht aus Angst vor Frankreich!

Das Rüsten der Völker, das eigentlich ein Rüsten gegen Europa und Nordamerika, ein Rüsten also gegen sich selber ist, ist etwas Wahnsinniges, aber in diesem Wahnsinn haben die Diktatoren alle, auch die Widerstrebenden, hineingetrieben. Italien war von niemandem bedroht — aber es hat nach Mussolinis Machtantritt zu rüsten begonnen. Deutschland war von niemandem bedroht — aber es hat nach Hitlers Machtantritt zu rüsten begonnen. Japan war von niemandem bedroht — aber es rüstet seit vielen Jahren. Und in diesen Staaten wird nicht nur materiell gerüstet, wird auch jede friedensfreundliche Stimme erstickt, werden die Pazifisten eingekerkert, wird die Jugend planmäßig zur Kriegsfreude erzogen. Die Diktaturen haben die große Unruhe in die Welt gebracht. Ja, das Leben ist „dynamisch“ geworden, aber diese Dynamik ist keine zu froherem oder sinnvollerem Leben, ist eine zum Tode führende Bewegung. Dieser Dynamik sind der italienische Eroberungskrieg gegen Abyssinien, der

Generalaufstand und die italienisch-deutsche Intervention in Spanien und der Krieg in Ostafrika zu danken. Millionen Menschen schon hat der Dynamismus der Diktaturen ums Leben gebracht.

Was können die demokratischen Staaten in solcher Situation anderes tun, als Sicherungsmassnahmen treffen? Und diese Sicherungsmassnahmen — was können sie anderes sein als Rüstungen? Einige dieser Staaten, vor allem England, haben lange, sehr lange gegährt, sich dem allgemeinen Rufen anzuschließen. Tief eingewurzelt ist im englischen Volk die Friedensliebe, stark die Abneigung gegen jeglichen Militarismus. Und doch — und doch — das englische Volk mußte erkennen, daß es zu sehr und zu lang der Macht der Friedensidee vertraut, daß es zu wenig den kriegerischen Charakter der Diktaturen erkannt hatte. England muß in gewaltigen Anstrengungen Rüstungsüberläufe nachzuholen versuchen.

Die Völker verbluten wirtschaftlich, schon im Frieden wachsen die Rüstungsausgaben ins Gigantische und noch ist nicht abzusehen, bis zu welchen Höhen sie anschwellen werden. Schon im Frieden — und wie erst in einem etwaigen Krieg — wandeln sich für die Rüstungsindustriellen Blut und Schweiß der Völker in Kapital. Und die Völker, die das wissen, sind zu schwach, um die Kontrolle der Rüstungsindustrie zu erzwingen!

Alle wissen es, daß das Rufen eine Wahnsinnstat ist. Vielleicht die Diktatoren nicht, die nur an sich, an ihre Macht denken und die Fähigkeit verloren haben, an die Völker zu denken. Aber die Völker wissen es. O, es wird ein dauerndes Wissen sein! Ob dieses Wissen sich als im schrecklichsten Sinne sinnvoll erweisen wird — ob nur im eingeschränkten Sinne der Verhütung des Schrecklichsten — die Völker werden nicht vergessen, wen die Welt in diesen Wahnsinn zwang.

Daß Dr. Hofke in seiner Rede überhaupt keine Rücksicht darauf nahm, daß durch den 18. Feber eine weitere neue, administrativ durchführbare Etappe erfüllt wurde.

Auf verfassungsmäßigem Wege sei das Nationalitätenproblem schon gelöst, heute handle es sich nur um administrative Dinge. Wenn hier immer wieder von der SdP gesprochen werde, so müsse man es aussprechen, daß diese Partei solange ausbleiben wird, wie das verordnete Regime in Deutschland für die politische Position der tschechischen Parteien beibehalte das die Radnuna, diese Position zu erhalten, zu arbeiten und die Kräfte zu stabilisieren, statt sich gegenseitig zu verfolgen.

Letzter Redner des Tages war Genosse J i a k a, der sich ebenfalls mit der SdP und ihrer Lokaltät ausführlich auseinandersetzte. (Wir werden morgen auf diese Rede zurückkommen.)

Dr. Engliš zu Skoda?

Das „Pr. L.“ berichtet, daß im Vordergrund der Erörterungen über die Nachfolge Dr. Loevensteins die Kandidatur des Gouverneurs der Nationalbank Dr. Engliš steht, während keine Rede davon sein könne, daß die agrarische Partei, bzw. der mährische Landesauschussbeiherr Stoupal diese Position anstreben. Gouverneur der Nationalbank würde dann Finanzminister Dr. Kofus werden, was eine Umkehrung des Finanzressorts in der Regierung zur Folge hätte.

Der Präsident der Republik empfing Mittwoch den Justizminister Dr. Déer, ferner in Abschiedsaudienz den ungarischen Militärattaché Oberstleutnant St. N j a z s a t h und gleichzeitig den neuantretenden Militärattaché Oberstleutnant des Generalstabes M. S o l y m o s s y. Außerdem empfing der Präsident den Chef des Gesundheitswesens General Dr. F i s c h e r, hierauf den Direktor des Instituts Francais Ernest Denis in Prag, A. F i c h e l l e. Schließlich empfing der Präsident eine Deputation des Bundes deutscher Frontkämpfer „Heimat söhne im Weltkrieg“. — Weiters besuchte der Präsident am Mittwoch in Begleitung des Ministers Radnák und leitender militärischer Funktionäre die Leitung der Befestigungsarbeiten, wo er sich über die Organisation und die Arbeiten aller Komponenten Bericht erstatten ließ.

Maniu appelliert an das Oberste Gericht

B u l a r e s t. Wie erinnert, hat der Präsident der Nationalen Bauernpartei Maniu beim Obersten Gerichtshof eine Beschwerde gegen die von der Regierung dekretierten Gesetze eingebracht, welche die Auflösung des am 26. Dezember wahlen hervorgegangenen Parlamentes und die Aenderung des Wahlgesetzes verhängen. Er verlangte damals die Heberhebung der Verfassungsmäßigkeit dieser Dekretgesetze. Am Donnerstag findet nun vor dem Obersten Gerichtshof die Verhandlung über diesen Antrag Manius statt.

Der Staatsbesuch in Paris

von großer Bedeutung für die Sache des Friedens

Paris. Die Verhandlungen über den offiziellen Besuch des englischen Königs paares in Paris Ende Juni wurden unter Wahrung der strengsten diplomatischen Vertraulichkeit geführt und darum hat die Ankündigung dieser Reise eine s p o n t a n e U e b e r r a s c h u n g sowohl an politischen Stellen als auch in der breiten Öffentlichkeit und in der Presse ausgelöst. Die Pariser Blätter ohne Unterschied der politischen Färbung begrüßen den angefordigten Besuch, der auch als Demonstration beider demokratischer Großmächte für den Schutz der Sache des Friedens große politische Bedeutung haben wird. Auch in der gesamten britischen Presse wird der Staatsbesuch des englischen Königs paares in Paris als Ausdruck der zwischen den beiden Staaten herrschenden freundschaftlichen Beziehungen freudig begrüßt.

Nichteinmischungsausschuß verlag

London. (Reuter.) Der Nichteinmischungsausschuß wird, weil die Vorbereitungsarbeiten noch nicht in genügendem Maße fortgeschritten sind, erst Anfang der nächsten Woche zusammentreten.

Die Beratungen, die Lord Plymouth am Dienstag mit den Vorkämpfern Corbin, Grand und Raiffi hatte, ergaben wesentliche Meinungsdivergenzen hinsichtlich der allgemeinen Voraussetzungen für die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien. Die italienischen Vorschläge haben sich gegenüber den anfangs gemachten (Zurückziehung von 5000 Mann) nur unwesentlich geändert. Wohlformierte Londoner diplomatische Kreise sind gegen diese als Anzeichen eines W e r l i n e r D e u t s c h auf Rom in der Richtung zu werten, daß Italien seine Haltung in der Spanienpolitik nicht modifiziere.

Stojadinovič verzichtet auf das Konkordat

Belgrad. Die am Dienstag publizierte Erklärung des Synods der orthodoxen Kirche über die Ablehnung des Konkordates von der Tagesordnung des Parlamentes und die Annahme für die von Geistlichen und Laien während der Konkordatskämpfe begangenen Straftaten wurden in der gesamten Öffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen. Politische Kreise sehen darin eine grundsätzliche Einigung der orthodoxen Kirche mit der Regierung.

Eine Mauer des Mißtrauens gegen die SdP

Tschechische Redner antworten Dr. Rosche

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses wurde am Mittwoch die Debatte über den Staatsrechnungsausschuß fortgesetzt. Dabei erhielt Dr. R o s c h e von tschechischer Seite auf seine Rede vom Tage vorher einige recht eindeutige Antworten, die ihn und die ganze SdP wohl schon einmal überzeugen dürften, daß Herr B e r a n im tschechischen Lager mit seinen Ansichten über die SdP allein auf weiter Flur steht.

Bemerkenswert war ferner, daß zwar ein Redner der SdP auf gewisse Angriffe reagierte, daß er es aber gekümmert vermied, auf die gleichfalls angeschnittene Frage, woher Genlein die D e v i s e n für seine vielen Auslandsreisen nehme, auch nur mit einem Wort einzugehen.

Bergmann. (Nat.-Soz.) erklärte, daß Dr. Hofke in der Frage eines Einvernehmens mit Deutschland von einer f a l s c h e n Voraussetzung ausgehe, wenn er meine, daß dieses Einvernehmen heute nur über die SdP hinaus könne. Sollte dem so sein, so wäre das ein offensichtlicher Eingriff in unsere inneren Verhältnisse. Wenn Dr. Hofke ausübere, daß Genlein auf dem Boden des Staates stehe, so verlässe Genlein ziemlich oft diesen Boden. Seine häufigen Auslandsreisen weisen darauf hin, daß ihm ein anderer Boden m e h r zusagt als der der Tschechoslowakei. Es macht den Eindruck, daß seine Auslandsreisen nur dem Zweck dienen, die Tschechoslowakei zu verunglimpfen.

Wenn Genlein im Auslande so redselig ist, warum schweigt er dann, fragte Bergmann, wenn die tschechische und die Schweizer Presse und nun sogar ein französischer Abgeordneter ihn beschuldigen, daß er mit Geldern unbekannter Herkunft seine Auslandsreisen bestreite? Es ist Tatsache, daß Genlein niemals um eine Devisendewilligung angeht. Er hat also Privilegien wie kein zweiter Staatsbürger. Hier sollte er reden, aber auch das Finanzministerium und die Nationalbank sollten sich für diesen Fall weiter interessieren.

Die SdP müsse auch von der Voraussetzung Abstand nehmen, daß sie die Brücke zu Deutschland sei, und von dem Glauben, daß die tschechischen Parteien es entgegen könnten, sich unter dem Druck Deutschlands mit der SdP irgendwie zu verständigen. Eine innerstaatliche Einigung könnte möglich sein, bis sich die SdP ändert, anders aber nicht.

Ing. Richter (SdP) erklärte später, daß der direkte Weg von Aisch nach Prag für Genlein veramtelt worden sei: infolgedessen hätte man den indirekten Weg über London (nicht Berlin?) wählen müssen.

Dr. Klapa (Nat.-Soz.) erwiderte auf den Vorwurf Dr. Hofkes, daß die Tschechen grundsätzlich gegen die SdP v o r z i n g e n o m m e n seien. Vorstich sei da am Platz, denn sie seien keinesfalls davon überzeugt, daß es die Mitglieder der SdP mit dem Staat loyal meinen. Auch aus Gerichts-fällen ersehe man, wie g e f ä h r l i c h es wäre, gewisse wichtige Funktionen in die Hände von Leuten zu legen, die nicht verlässlich sind. Wenn Abg. Richter sich beklagt hat, daß die Kosten für die Staatsverteidigung bei uns durch Steuererhöhungen gedeckt werden, was die Herabsetzung des Lebensniveaus zur Folge habe, so möge sich Herr Richter nur in Deutschland umsehen, das in den Jahren 1934/35 für die Armee 30 Milliarden Mark, das sind 300 Milliarden Kč, aufgewendet hat. Der Weg, den Deutschland zur Finanzierung gewählt hat, bedeutet die Kreditinflation, die zum Schluß zum Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft führen kann.

Späček (Nat.-Ver.) erklärt die Wünsche der SdP nach territorialer Autonomie als unmöglich. Jener „T a g“ werde nicht kommen, außer es würden die 1918 geschaffenen Tatsachen umgestürzt. Wenn die SdP aber darauf hoffe, so betreibe sie eine Katastrophenspolitik.

Stivin (Soz.-Dem.) bezeichnete es als charakteristisch für die Mentalität der Genleinpartei,

Carol verhandelt mit der Opposition?

Bratlanu in Audienz

B u l a r e s t. Der Vorsitzende der National-liberalen Partei Konstantin Bratlanu wurde am Mittwoch von König Carol in Audienz empfangen. In den nächsten Tagen sollen auch prominente Persönlichkeiten anderer politischer Parteien empfangen werden. Dadurch wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Absicht eines gemeinsamen Vorgehens der oppositionellen Parteien gelenkt, welche eine Entspannung der inneren Lage herbeiführen versuchen soll.

Die liberale „Independance Roumaine“ schreibt, daß eine grundsätzliche Heberimmung der oppositionellen Parteien sich a u t o m a t i s c h nach Bildung der Regierung Goga angeht. Die Entwicklung der inneren und äußeren Lage herausgebildet habe. Die Liberale Partei, die Nationale Bauernpartei, die Radikale Bauernpartei ebenso wie die Gruppen Bajda, Jorga,

Avereşcu und Argetoianu stehen vollständig auf dem Boden der Verfassung und sehen in einer Politik der Ordnung, der inneren Stabilität wie auch der W e r w a h r u n g der Bündnisse und Freundschaften Rumaniens die Grundlage der nationalen Politik. Diese Parteien und Gruppen sehen im Rechtsextremismus, in seinen diktatorischen Auffassungen und in seiner Propaganda für die Achse Rom-Berlin eine Gefahr für die innere und äußere Sicherheit Rumaniens.

Die Eiserner Garde beschloß, sich jeder Wahlpropaganda zum Zeichen des Protesches dagegen zu enthalten, daß einige ihrer Anhänger bei Zusammenstößen mit Gendarmen getötet oder verwundet wurden. Kandidieren wird jedoch die Partei. In politischen Kreisen glaubt man, daß dieser Beschluß der Eisernen Garde nur taktischer Natur ist.

Der ewige Schatten

Roman von Max Höchdorf

III.

Genau nach den Vorschriften seines Vaters getraute sich Jehuda Valdez erst auf die Straße, nachdem es Nacht geworden war. Vorher hatte er behutsam bei dem Wirt herumgehört, um seinen Weg nicht zu verfehlen.

Es regnete nicht mehr, doch schwarz und sternlos hing der Himmel.

Jehuda durchwatete die dicken Nebel. Trohdem orientierte er sich schnell und sicher, als leitete eine Magnetnadel seinen Instinkt. Nicht umsonst hatte er sich mit Seclarten und Kompaß beschäftigt. War es doch sein Traum, eines Tages vom Glauben auszuweichen, um ein Land zu entdecken, gleich dem Christoph Colombo, wo in baldiger Zukunft seine Glaubensbrüder das eigene Reich Gottes würden gründen können. Liegen wird es nicht im alten Heiligen Lande. Denn dorten waren die Widersacher Israels auch nur Feinde, die gegenseitig auf Tod und Schande auslachten, mochten sie den Koran zum Gebet aufschlagen oder das Evangelium des Nazareners. Und was sie wüteten, sie wüteten es stets aus an den Juden. Doch im neuen Indien werden über die Meere hinaus und über die Wüsten die Kolonisten Jizrael froh sein, sich niederzulassen auf dem jungfräulichen Boden, bei den unschuldigen, noch nicht durch Glaubenskriege verdorbenen Naturmenschen.

So grübelnd, so träumend, durchschritt Jehuda die stockfinsternen Straßen von Gent. Nur manchmal erhellte er hinter verhängten Fenstern Licht, das ihm wieder eine Strecke vorwärts half.

Auch Singen hörte er, tiefe Männerstimmen, in deren getragene Melodie die beschwingten Frauenstimmen einfielen. Die ganze Stadt atmete Fröhlichkeit und Frieden. Beglückt schien ein jeder, daß er sich in die Einsamkeit seines Heims einriegeln und bald hoffen durfte, ungehört die Glieder im Bette zu dehnen. Hinter Stalltüren schnüffelte, grunzte und blöte das Hausgetier, aber auch dieses in Behaglichkeit. „Jedes Geschöpf“, dachte Jehuda Valdez, „hockt hier nieder an der Krippe des Friedens, selbst das Tier wird verhätschelt. Ruhelos sind allein wir Juden!“

Bald war er am Garten des Doktors Delemos. Er öffnete das Jauntor. Er hielt vor dem Gerippe mit der Sense, das, ein geisterndes und barbarisches Sinnbild für die Kunst des Arztes, ihn aus hohen Augen anlockte. Aber der Tod sollte gar nicht den Tod, sondern das rettende Leben bedeuten, und zum Zeichen dessen stand über dem Haupt des Skeletts geschrieben: „Wer Vertrauen hat, der wird dem Knochenbrecher entrissen.“

Er pochte, wie ihm im Briefe des Oheims anbefohlen war, zweimal mit dem supernen Türhaken, dann wartete er. Noch regte sich nichts in dem Hause. Nachdem er bis sechzig gezählt hatte, begann er, wie ihm auch in dem Briefe des Oheims anbefohlen war, zu sprechen: „Höre, Jizrael, unser Gott ist ein einziges Wesen.“

Er hatte noch nicht zu Ende gesprochen, als das Türfenster geöffnet wurde, eine Scheibe, kaum einen Fuß im Quadrat. Hände streckten sich ihm entgegen, doch keine Einladung zum Betreten des Hauses erfolgte. Auch wurden die Riegel nicht zurückgezogen. Ihm wurde nur eine Kassele durch die Fensteröffnung gereicht. Als Jehuda danach langte, fühlte er, daß sich heiße Lippen zum Kuß an seinen Handrücken ansetzten. Auch siderten Tränen darauf. Aber alles erfolgte in Stummheit.

Da wachte er, daß auch im Hause seines Oheims die Gefahr lauerte, und daß man es nicht wagte, ihn zu umarmen.

Blöblich glitt ein Schatten an seine Seite: „Ha, guten Abend, Herr Jude, wollen sich in der frischen Luft ergehen? Sind ein mutiger Herr, Herr Jude, fürchten sich nicht einmal davor, daß der Doktor Ihnen das Fell über die Ohren ziehen könnte. Der Doktor scheint Ihnen ein Geschenk gemacht zu haben, Herr Jude? Sie sind doch ohne Kästchen ausgegangen, und nun —“

Jehuda erkannte den Anaben, den ihnen der Wirt vom „Goldenen Pferd“ zu ihrem Gasthof mitgeschickt hatte. De n hatte man ihnen als Spuk und auf die Fährte gesetzt! Jehuda stammelte verlegen: „Das Kästchen —“

„Enthält doch keine Pistolen, um unseren geliebten Fürsten niederzuschießen?“

„Anabe, bist du wahnsinnig geworden?“

schrte Jehuda auf.

„Rein“, antwortete der Bursche, „ich hab' nur eine Wutter, die Blut spuckt, und der Apostheler verlangt viele Waben für die Medizin, die ihr wohnt. Und da meint' ich nur, wenn es de. Herrn Juden interessiert, zu erfahren, was man sich hierorts über ihn und den andern Herrn Juden erzählt, und wenn mich die Herren für meine treuen Dienste ein wenig entschädigen wollten.“

„Aber es kennt uns hier niemand in der Stadt, und niemand kann uns etwas Schlechtes nachsagen!“

„O, wie der Herr Jude die Stadt schlecht kennt! Alle kennen die Herren Juden, und jeder sagt ihnen etwas Schlechtes nach. Und wenn man erst erführe, daß die Herren dem Doktor Delemos einen nächtlichen Besuch abstatteten, der, wie der Augenschein beweist, nicht ohne Folgen blieb — O, ich hab' kein großes Maul! Mit einem so kleinen Plaster kann man es schon aufsetzen.“

„Und wer hat das alles herausgefunden?“

fuhr Jehuda auf.

„Der Anabe zog sich an der Nase und säufelte: Die Rama, die vom „Goldenen Pferd“ zur „Unbesetzten Empfangnis“ läuft, hat Siebenmeisensiefel. Und der Herr vom „Goldenen Pferd“ hat nicht nur Hände, um mich braun und

blau zu brügeln, die Hände können auch schreiben, und der Wirt vom „Ardenner Schinken“ kann sogar Geschriebenes lesen.“

„Schnell, schnell, lehren wir heim, um uns darüber zu unterhalten!“ riefte Jehuda.

IV.

Das Haus der Adelige de Voct lag außerhalb der Stadt, eingekast in den Wälden hinter einer Dügellehne, und es war schon wind-schief. Von graugrünem Moos war die Türschwelle überwuchert. Viele Winter mußten an dem Esen gestossen haben, der die Mauer umschlang. Und niemand hätte vermutet, daß in diesem Haus ein so lichter Saal vorhanden sein könnte. Der Saal empfing seine Freundlichkeit von zwei Fronten, und hinter den Fenstern waren Spiegel angebracht, die auch dem dunkelsten Tag ein wenig Helligkeit entlockten. Ammergrün und breitfrüchtige Palmen standen in bunten Porzellanbübeln, so daß der Saal eher einem Garten als einem Wohnraum ähnelte. Ammiten dieses Saales stand ein Bett, eine Schlafinsel, breit wie für eine ganze Familie. Das Heberholz des Bettes duftete, es strömte die sonnenerfüllte Südhelicit exotischer Wälder aus. Der Duft wurde nur noch überdönt durch das fastige Honigparfum aus den Phazinthen, die auf den Fenstersimsen aufgereicht waren, schneeweiß, rebeba und blutendes Rot. Ein venezianischer Spiegel, kostbar facettiert und eingerahmt von bronzefarbener Girlande, bedeckte die Fußwand des Bettes. Schläge die Schlafenden die Augen auf, sie sollte sich sogleich an ihrer Schönheit freuen.

Erst um die Mittagstunde geschah es, daß die Schlaflerin sich rührte. Aber sie war nicht aufgerührt, trotz der späten Stunde. Verloren, wie wenn sie in ein unbekanntes Riesensfeld ausgeleitet wäre, suchte sie ihre Sinne zusammen. English richtete sie sich auf und packte die Glocke und schellte.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

SVH politisch

Ein neuer Beweis

Montag, den 7. Feber, gingen drei Brüder Arbeitslose, die schon einige Jahre arbeitslos sind, einer hat für fünf und einer für drei Kinder zu sorgen, während der Dritte von seiner Schwester abhängig ist, zu dem Funktionär der Sudetendeutschen Volkshilfe, Herrn Justin Fauerstein, Spielwarenhandler in Brüx, Enge Gasse, um auf Grund ihrer Notlage eine Spende von der Volkshilfe zu erbitten. Als jedoch die Arbeitslosen ihr Verlangen vorgebracht hatten, erklärte ihnen dieser Herr Fauerstein wörtlich: „Für solche Menschen, die am 1. Mai mit der roten Ralle andrücken, haben wir nichts; für Note haben wir überhaupt nichts übrig.“

Auf die Antwort der Arbeitslosen, daß sie doch auch Deutsche sind und zum deutschen Volke gehören, antwortete dieser noble Herr im barschen Tone: „Sozialdemokraten und Kommunisten dürfen sich nicht zum Volke rechnen; ich muß mit jenen genau anschauen.“

Einer der Arbeitslosen machte Herrn Fauerstein darauf aufmerksam, daß er sich gegen ihn wegen dieser Vorgangsweise beschwerten werde, worauf dieser Volkshilfefunktionär den anwesenden Arbeitslosen das bekannte Zitat aus Götz von Berlichingen zurief:

Zurück aus Deutschland — Flucht aus der SdP

In der letzten SdP-Versammlung in Kriegergerne rühmte, wie der „Volkswille“ berichtet, „Amerad“ Dr. Siegl aus Paderborn das „ungeheure“ Wachstum der SdP und kaum 14 Tage nach dieser Versammlung haben 40 Kameraden und Kameradinnen die SdP fluchtartig verlassen. Unter diesen „Flüchtlings“ befindet sich auch einer, der einst auf Lenin schwor und nach seiner Rückkehr aus Rußland sich der SdP anschloß, welche diese Gesinnung benutzte, um ihren Anhängern die Schrecken des Kommunismus aus erster Hand an die Wand malen zu lassen. Mit der SdP-Propaganda ausgerüstet, überschritt dieser „Flüchtling“ am 3. Oktober 1937 die Grenze, um im österreichischen Arbeit und Brot zu suchen. In Chemnitz fand er Arbeit in einer Textilfabrik als Kesselfeuerer. Zwei Tage und zwei Nächte wurde ununterbrochen gearbeitet und es war daher kein Wunder, daß er kurz vor Beendigung dieser Arbeit einen Unfall erlitt, der ihn vier Wochen im Krankenhause an das Bett fesselte. Kaum aus dem Krankenhause entlassen, noch arbeitsunfähig, erhielt er den Befehl, das Deutsche Reich innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Von der Unfallversicherungsgeld erhielt er einen Bescheid, daß der betriebsführende Betrieb gegen Unfall nicht versichert sei, so daß man dem Arbeiter eine Unfallrente nicht gewähren könne. Das ihm geschuldet zehnjährige Krankengeld könne er nicht erhalten, weil er sich außerhalb der Reichsgrenzen aufhält! Auf seine Frage, warum er denn eigentlich ausgewiesen werde, wurde ihm geantwortet, er möge sich bei seinen Kameraden bedanken. Nun kommt der Mann arbeitsunfähig aus dem „Paradies“ des Dritten Reiches zurück und seine Familie, Frau und vier Kinder, leben in größter Not. Er hat die Segnungen des „nationalen Sozialismus“ und der „Volksgemeinschaft“ am eigenen Leibe verspürt, er kommt daher zu dem richtigen Schluss und sagt der SdP ade, denn er hat begriffen, daß in einer Partei, die von Untertanern beherrscht wird, für Arbeiter kein Platz ist und daß selbst der bescheidenste Arbeiter auf die Dauer von Versprechungen nicht leben kann.

Streik in der Leimfabrik „Geflei“ in Tschernitz bei Komotau

In der dem Verband der Fleißberggenossenschaften gehörigen Leimfabrik „Geflei“ in Tschernitz bei Albersdorf ist ein Streik ausgebrochen. Die Ursache liegt in den sozialen Verhältnissen des Betriebes begründet. Bei der gesundheitschädlichen Arbeit im Betriebe werden verhältnismäßig niedrige Löhne bezahlt. Männer erhalten einen Stundenlohn von K 3.—, Frauen von K 1.80 bis K 2.—. Dabei spielen sich die Vorgesetzten als Antreiber auf. Die Arbeiter werden mit Schimpftönen belegt und auch sonst ist man mit den Ausdrücken nicht sehr wählerisch. Durch diese Antreibermethoden ist es in der letzten Zeit zu einigen schweren Unfällen gekommen, wodurch die ohnehin gereizte Stimmung der Arbeiterschaft natürlich noch mehr angefaßt wurde. Am Dienstag früh ist daher die ganze Belegschaft, insgesamt 65 Personen, in den Streik getreten. Als Forderungen wurden aufgestellt: 1. Erhöhung der Löhne, 2. Abschaffung der Antreibermethoden im Betriebe, bzw. grundlegende Änderung der Verhältnisse.

Streik in Katzdorf beigelegt

Brüx. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streikes auf dem Adolf-Marie-Schacht in Katzdorf führten Mittwoch zu einem Ueberein-

kommen, nach welchem in der laufenden Woche noch an zwei Tagen gearbeitet wird und in den kommenden Wochen bis zum 6. März abwechselnd drei, bzw. vier Schichten wöchentlich verfahren werden. Die etwa noch 100 streikenden Arbeiter, die sich seit Montag früh 6 Uhr in der Grube befinden, haben dieses Uebereinkommen angenommen und sind um 16 Uhr ausgefahren.

Auch Karlsbad weist schöne Erfolge auf

Auch unsere westböhmische Kreisorganisation hat im abgelaufenen Jahr schöne Erfolge zu verzeichnen. Es wurden 19 neue Lokal- und Frauenortgruppen gegründet und rund 11.000 Marken mehr umgesetzt. Auch die Berichte aus den einzelnen Bezirken sind sehr erfreulich. Namentlich der Bezirk K u d e l weist einen ziemlich vitalen Zuwachs und ebenso eine bedeutende Steigerung des Markenumsatzes auf; auch der Bezirk A i s c h, wo die Arbeit am „St. Michaels“ für unsere Vertrauensmänner nicht leicht ist, kann von einer erfreulichen Aufwärtsbewegung berichten.

Ing. Haider zieht sich zurück?

Die Schriftleitung der Zeitschrift „Der Aufbruch“ teilt der „Bohemia“ mit, daß „Der Aufbruch“ sämtliche Beziehungen zu Herrn Ing. Rudolf Haider, Brno, abgebrochen hat. — Ing. Haider teilt der „Bohemia“ hierzu mit, daß er dieser Trennung nicht widersprochen habe und ernstlich daran denke, sich ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen und sich nur noch einer Erwerbstätigkeit zu widmen.

Massenanklagen wegen unberechtigten Waffenbesitzes

Aus Vischoftein wird uns berichtet: Bei Hausdurchsuchungen, die im

Ein sudetendeutscher Märtyrer

Zwanzig Jahre seit dem Opfertode des Sozialisten Franz Rasch

Es war Montag, den 11. Feber 1918, als auf einem Karren vier österreichisch-ungarische Matrosen zum Friedhof von Callari, oberhalb Cortaros, (heute Kotor in Jugoslawien) geführt wurden: Drei davon: Anton Grabar, Jerko Sisgoric und Mate Vernicevic, waren



Franz Rasch

Südslaven, der vierte, Franz Rasch, ein gebürtiger Precauer. Rasch ist der ruhigste: „Keine Antwort aus Wien da?“ so fragt er den Offizier des Pelotons. Die Frage wird leise verneint, man hatte keine Gnade für revolutionäre Matrosen. Die vier zum Tode Verurteilten werden an die Friedhofsmauer gestellt. Rasch läßt sich nicht die Augen verbinden. Die ungarischen und rumänischen Soldaten formieren sich und machen sich schußbereit. Da ertönt der Ruf: „Es lebe der Friede.“, daß so viel Blut fließen muß... Es war Rasch, der es gesagt hat. Eine Salve macht dem Satz ein Ende, der Führer der roten Matrosen ist nicht mehr.

Ein Menschenleben war zu Ende gegangen, das von den Sudetendeutschen nicht vergessen werden sollte.

Am 1. Feber 1918 hatte der Aufstand der Matrosen begonnen, die Verhältnisse auf den in der Bucht von Cattaro ankernden Kriegsschiffen waren unerträglich geworden. Die Verpflegung wurde von Tag zu Tag schlechter. Ganze Kessel verdorbenen Fleisches mußten ins Meer geschüttet werden, das den Matrosen vorgegebene Fleisch war grün und schwarz und verbreitete einen furchterlichen Gestank. Wenn die Mannschaft Erbsen bekam, wimmelten diese von Käfern. Während

das nördlichen Vohmerwaldes vorgenommen worden waren, wurden u. a. Waffen gesunden, zu denen die Waffenbesitzer Waffenpässe nicht vorweisen konnten. Das hat die Sicherheitsbehörden veranlaßt, die Suche nach unberechtigten Waffenbesitzern auszudehnen. Auf diese Weise ist gegen viele Personen wegen ungeseligen Waffenbesitzes das Strafverfahren eingeleitet worden.

Arbeitsunfall. Montag ereignete sich in der Leimfabrik „Geflei“ in Tschernitz, im Komotauer Bezirk, ein entsetzlicher Arbeitsunfall. Die 42 Jahre alte Arbeiterin Marie Veith aus Albersdorf stolperte im Werkraum, fiel hin und geriet mit der rechten Hand in die Transmissionswelle, wodurch ihr der Arm bis unterhalb der Schulter abgerissen wurde. Die Verunglückte wurde mittels Rettungsdienst sofort in das Brüxer Bezirkskrankenhaus überstellt, wo ihr der Arm bis zur Schulter amputiert werden mußte. Die Unfälle bei dieser Firma, die auch sonst sehr bezeichnende Methoden in der Behandlung der Arbeiter hat, nehmen in der letzten Zeit ein bedenkliches Ausmaß an.

Zugzug von Staatsbeamten erzeugt Wohnungsnot. Der erhöhte Sicherheitsdienst im Grenzgebiet bringt es mit sich, daß in gewissen Orten, die einen Zugzug von Staatsbeamten verzeichnen, eine Wohnungsnot in Erscheinung getreten ist. Eine solche macht sich in Graßlitz fühlbar. Der Stadtrat hat deshalb den Beschluß gefaßt, die Landesbehörde um den Bau eines großen Wohnhauses für Staatsbeamten in Graßlitz zu ersuchen.

Selbstmord in einem Marienbader Hotel. In einem Fremdenzimmer des Hotels „Lyon“ in Marienbad hat sich der 34 Jahre alte, ledige Geiger Wenzel Bliman aus Chotieschau erschossen. Wie aus einem hinterlassenen Schreiben hervorgeht, ist er durch seine Unzufriedenheit mit familiären Verhältnissen zum Selbstmord gedrängt worden.

fängnissen von Fort Spaniola, Kobilja, Punt d'Ustro und Mamula. Guffeds Rede begann... Am 4. Feber wurde gegen 40 der beteiligten Matrosen das standrechtliche Verfahren eingeleitet. Die Verhandlung war eine Komödie — freilich mit blutigem Ausgang. Guffed v e f a h l, daß die Verhandlung innerhalb dreimal vierundzwanzig Stunden erledigt sein müsse. Die von den Verteidigern angebotenen Beweise wurden nicht zugelassen. Am 8. Feber, halb 7 Uhr früh, wurde das Urteil gefällt: Rasch, Grabar, Sisgoric



Das Grab der Märtyrer

und Vernicevic wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Guffed unterdrückte sofort, ein Begräbnisgesuch an den Kaiser hatte keinen Erfolg. So nahm das grausame Schicksal seinen Lauf.

Nach dem blutigen Drama, das sich am 11. Feber 1918 an der Friedhofsmauer von Callari abspielte, ging die Untersuchung gegen Hunderte von Matrosen weiter, die in den schmutzigen und kalten Gefängnissen der Woche schmachteten. Die deutsche und tschechische Sozialdemokratie Oesterreichs nahm sich der Opfer des Aufstandes mit aller Energie an, im Abgeordnetenhaus verlangte Michael Schaeferl in einer flammenden Rede die Niedererschlagung des Verfahrens, als einer der Verteidiger der 379 Soldaten, gegen die schließlich das ordentliche Verfahren eingeleitet wurde, fungierte Dr. Franz S o u l u p, der jetzige Senatspräsident, dem die als Offiziere in der Woche dienenden Julius F r a u n t h a l, der spätere Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“ und Dr. Emil S i r a u h zur Seite standen. Anfang September 1918 begann die Verhandlung, das Urteil fällt nicht der Gerichtshof, sondern die Reichsregierung: am 17. Oktober wurde das Verfahren gegen die meisten Angeklagten vom Kaiser Karl eingestellt, am 29. Oktober wurden die letzten 31 freigelassen. Sie konnten sich der neu gewonnenen Freiheit freuen. Das Drama vom 11. Feber 1918 ließ sich freilich nicht wieder aufmachen, die Radwelt konnte den vier Erschossenen nur ein Grabmal setzen, das aus Inschriften hervorkam von der Straße Cattaro—Geltinje zu sehen ist. Dort ruht auch der tapfere Sozialist Franz Rasch, dem heute aus weiter Ferne dieses Blatt der Erinnerung auf sein Grab gelegt werden möge.

Industriellen-Deputation bei Hitler

L o n d o n, „Manchester Guardian“ meldet aus Berlin, daß zur gleichen Zeit, als Göring Herru F u n f als Wirtschaftsminister und Nachfolger Schachts in sein neues Amt einsetzte, der Reichszankler in Vertretung eine Delegation von deutschen Industriellen empfangen habe, die ihm die Wünsche der deutschen Industrie im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan vortrugen.

Wer ist ein „Flüchtling“?

Genf. Die internationale Konferenz zur Regelung der deutschen Flüchtlingsfrage hat als Grundlage eines definitiven Abkommens den Vorschlag des Hohen Kommissars für die Flüchtlinge aus Deutschland, Sir Neill Malcolm, mit den von der belgischen Delegation beantragten Ergänzungen angenommen. Die Ausarbeitung der Texte des Abkommens wurde einer Mediationskommission übertragen.

Von den in der ersten Lesung angenommenen Artikeln war besonders die Definition des Begriffs der deutschen Flüchtlinge Gegenstand eingehender Debatten. Die Konferenz beschloß, daß als „Flüchtlinge“ nicht jene Personen angesehen werden können, die Deutschland lediglich aus Gründen des persönlichen Wohlergehens verlassen haben. Demnach ist der kein Flüchtling, der Deutschland aus anderen Gründen als wegen politischer oder religiöser Verfolgung verläßt. Diese Definition schließt besonders jene Personen aus, die vor einer Strafverfolgung wegen Straftaten wirtschaftlicher oder finanzieller Art, insbesondere wegen D e v i e n v e r g e h e n, geflüchtet sind.

Tagesneuigkeiten

Tatsachen

In den Dardanellen wurde im Weltkrieg ein englisches Kriegsschiff durch eine Mine versenkt, die von einer englischen Fabrik an die Türkei verkauft wurde.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1916 sind aus Deutschland monatlich bis zu 250.000 Tonnen Eisen und Stahl nach dem neutralen Ausland exportiert worden, durchschnittlich 150.000 Tonnen. Der deutschen See- und Luftverwaltung wurde aber erklärt, daß man außerstande sei, monatlich 15.000 Tonnen Stahl für militärische Drahtwerke mehr zu liefern. Der Stahlwerksverband zahlte lieber 5 RM. Buße pro Tonne, als daß er den deutschen Vaterlandsverteidigern Stahldraht lieferte. Denn das Ausland zahlte so hohe Preise, daß die Buße wieder herauskam.

Admiral Consett zieht aus seinen Berechnungen den Schluß, daß Deutschland den Krieg hätte zwei Jahre früher abbrechen müssen, wenn es durch den englischen Handel nicht derartig in seiner Kriegsführung unterstützt worden wäre.

Senator Rye erklärte: Man kann vielleicht sagen, daß Deutschland niemals den Unterseebootskrieg hätte führen können, wenn alle amerikanischen Firmen ihre Patente für sich behalten hätten.

Aus einem Brief des englischen Captains John Bali, der über enorme Waffenlieferungen nach Japan berichtet, verliest der Präsident des amerikanischen Untersuchungsausschusses die folgende „amüsantere“ Stelle: „Wie Sie wissen, sind Brandbomben verboten. Daher sind „Leuchtbomben“ daraus geworden, — was liegt am Namen?“

Ein paar wahllos herausgegriffene Beispiele aus der dunkeln Geschichte der internationalen Rüstungsindustrie, die wohl jedem zeigen, daß eine Kontrolle der Rüstungsindustrie gerechtfertigt ist.

Ein Mord bei Kladno

Kladno. In der Gemeinde Dosty bei Kladno wurde heute mittags in ihrer Wohnung im Hause Nr. 170 die 22jährige Marie Valisová ermordet aufgefunden. Der Mörder ist der 22jährige Josef Vobáček. Nach der Tat erhängte er sich auf dem Dachboden des Hauses. Vobáček hatte sich vergeblich um die Gnadentod durch die Valisová beworben.

Raubmord in Mähren

Brünn. In Bránsko bei Ledovice wurde Dienstag nachts die 28 Jahre alte Händlerin Ottilie Dobeš ermordet. Der unbekannte Mörder hatte seinem Opfer mit einer Gade den Kopf zerschmettert. In der Nordseite fand sich die Gendarmetriefahndungsstation aus Brünn ein, welche den Mordfall untersucht. Es handelt sich anscheinend um einen Raubmord.

Ein Massenmörder in Antwerpen

Antwerpen. In Antwerpen wurde ein 25jähriger junger Mann namens Edward Bru verhaftet, der des Mordes an einigen jungen Mädchen beschuldigt wird. Die Opfer des Mörders Edward Bru waren die junge Julie Kempenner in Antwerpen, weitere Verta Veit in Gent und in der Nacht auf Mittwoch gestand der Mörder noch, daß auch eine Frau aus der Brüsseler Gaskwelt sein Opfer war. Außerdem hegt die Polizei den Verdacht, daß er auch ein 17jähriges Mädchen, welches in der gleichen Gasse in Brüssel wohnte wie der Mörder und seit einiger Zeit vermißt wird, umgebracht hat. Die Frau des Mörders, die von seinen Verbrechen wußte, ist beschuldigt, die den Opfern entwendeten Gegenstände aufbewahrt zu haben.

Flugzeugunglück in Marseille

Acht Tote. Marseille. Das zwischen Ajaccio und Tunis verkehrende Wasserflugzeug stieß bei der Landung in Marseille an die Hafenanlage. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Es sind acht Personen ums Leben gekommen.

Zu der Katastrophe kam es beim Start, als das Wasserflugzeug sich nicht vom Wasserpiegel löste und an eine Schuttmauer stieß, an der es zerbrach. An Bord befanden sich insgesamt vierzehn Personen, davon elf Passagiere. Die Besatzung bestand aus dem Piloten, dem Radiotelegraphisten und einem Steward. Das Flugzeug ging sofort unter. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Aus den Trümmern konnten sechs Personen befreit werden. Acht Personen gingen mit dem Flugzeug unter und konnten bisher nicht geborgen werden. Getötet wurden: der Pilot, der Radiotelegraphist und sechs Reisende.

Selbstmord. Der 41jährige Schriftsteller Friedrich Adeno Schick warf sich Dienstag nachmittags auf dem Karlsplatz in Wien unter die Räder eines Motorwagens der Straßenbahn. Er wurde schrecklich verkrüppelt und blieb tot am Platz liegen.

Achtung, falsche Banknoten im Umlauf

Die staatliche Polizeibehörde in Kuffig weist in einer Kundmachung darauf hin, daß, wie bereits in der Tagespresse früher berichtet wurde, in Nordböhmen, hauptsächlich in Kuffig, Teplitz-Schönbau, Vodenbach, Brüx und anderen Orten gut gelungene und täuschend nachgeahmte Fälschungen von fünfzig Kronennoten im Umlauf sind. Das Papier der Fälschungen besteht aus zwei zusammengelebten Schichten, es ist deshalb härter und dichter als bei den echten Banknoten, was man beim Befühlen sehr leicht feststellen kann. Die hellen Ränder der Fälschungen sind schmaler als bei den echten Banknoten und gewöhnlich ungleich geschnitten. Das Wasserzeichen ist bei den nachgeahmten Banknoten weniger sichtbar und verschwindet stellenweise überhaupt. Die mit den Unterschriften versehenen Vorderseite ist zu rot gehalten. Beim Original ist die Hauptabbildung in einem roten Rahmen gefärbt. Auf der Rückseite der Fälschungen ist die Hauptabbildung mit den Unterdrucken in einer einzigen, und zwar rotbraunen Farbe hergestellt. Auch hier kann, besonders an den hellen Rändern der falschen Noten, beobachtet werden, daß die Linien der unterdrückten Ränder von der braunen Hauptabbildung nicht unterschiedlich gefärbt, sondern an allen Stellen des Randes braun sind. Zur Nummerierung der mit den Unterschriften versehenen Vorderseite der

falschen Scheine wurden bisher die folgenden Serien Strich und Nummernbezeichnungen angewendet: Ca 389.632, Ca 439.795, R 022.185 und R 654.937. — Die falschen Zwanzigkronennoten sind mit dem Ausgabedatum vom 1. Oktober 1926 versehen. Zu ihrer Herstellung wurde gewöhnliches Papier verwendet, das sich glatt anfühlt, leicht bricht und zerreißt und kein Wasserzeichen aufweist. Die Vorderseite ist zwar auch in drei ineinanderlaufenden Regenbogenfarben ausgeführt, der Wellenlinien-Unterdruck mit den Reliefziffern 20, der beim Original dunkelbraun ist, ist jedoch an jeder Stelle des Fälschates in derselben Farbe wie die Hauptabbildung aus einer einzigen Druckplatte hergestellt. Auf der Rückseite, mit dem Porträt des Ministers Radin, sind die Unterdrucker gleichmäßig mit dem Druck der Hauptabbildung blau hergestellt. Diese blauen statt braunen Linien der Unterdrucker sind am besten beim Radin-Porträt im Text in den Edziffern Zahl 20 erkennbar. Zur Nummerierung auf der Rückseite der falschen 50-Kronen-Scheine wurden die Nummern in Serien Ta 308 33 und R 654.937 verwendet.

Die Polizeidirektion in Prag als Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldzeichen-, Scheck- und Wertpapierfälschungen schreibt eine Befolgung von 5000 KČ für die Ergreifung der Fälscher und Ausforschung der Fälscherwerkstätte aus.

Ferdinand Leisner 86 Jahre alt. Vor kurzer Zeit, Ende Jänner, wurde Ferdinand Leisner, ein einst Sekretär des Verbandes der genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens, 86 Jahre alt. Leisner ist mit Karl Kraus wohl der letzte Heberlebende aus der Parteibewegung der fünfziger Jahre in Wien. Auch beim Gaisfelders Einigungsparlament war Leisner, ein „Gemäßigter“, sowohl als Einberufer als auch als Referent beteiligt.

Ludwig Wutschel gestorben. Im Alter von 82 Jahren ist dieser Tage in Wien Ludwig Wutschel gestorben, einer der Mitbegründer der proletarischen Freiheitsbewegung in Oesterreich. Da er seinen Leichnam der Anatomie vermacht hat, gab es keine Trauerfeier. — Wutschel, ein Metallarbeiter von Venz, hat im Jahre 1897 in der kaiserlichen Kurie im Bezirk Floridsdorf für die Partei kandidiert. Später war er einer der zehn sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens. Er hat sich besonders in der Bezirksorganisation Weidling betätigt. In Weidling war sein kleiner Zeitungsgeschäft und Papierladen — denn wie so viele andere hat Wutschel wegen seiner politischen Betätigung seinen Arbeitsplatz mehr bekommen können — Jahre hindurch die Sammelstätte der Weidlinger Genossen. Sein Einfluß war groß, sein Wirken in der Organisation so erpriehtlich, daß der Bezirk später zu einem der besten geworden ist. — Wutschels 75. Geburtstag haben noch unsere Organisationen gefeiert! Nun ist er in unsäglichen ärztlichen Verhältnissen gestorben.

Tödlicher Unfall. Am 7. Februar ereignete sich bei der Eisenbahnhaltestelle Söfiental bei Bedelsdorf ein tödliches Unglück. Der 13jährige Bürgerkinder Josef Kral, der im tschechischen Gebiet die Schule besucht, stürzte beim Einsteigen in den bereits fahrenden Zug so unglücklich, daß er unter die Räder geriet, wobei ihm der Kopf abgerissen wurde.

Der Tod beim Fußballspiel. Am 8. Februar, in den Nachmittagsstunden, spielten auf dem Platze des Sportplatzes in Vodenbach mehrere Jungen Fußball. Der 18jährige Vobáček, ein aus Vodenbach wehrte dabei einen Ball mit dem Kopfe ab und brach dabei bewußlos zusammen. Da trotz allen Bemühungen eines herbeigerufenen Arztes das Bewußtsein nicht wiederkehrte, wurde der Junge in das Krankenhaus nach Teplitz übergeführt, wo er gegen 8 Uhr abends starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Neue Quelle in Pyhäian. Beim Ausheben einer Grube für einen Teich, welcher der Unterbringung exotischer Pflanzen dienen soll, stießen in Pyhäian Arbeiter in einer Tiefe von ungefähr zwei Metern auf eine 70 Grad heiße Quelle. Das Wasser drang rasch in die ausgehobene Grube ein und die Dämpfe breiteten sich über die ganze Bade-Insel, auf der die Arbeiten vorgenommen werden, aus. Dadurch ist in Pyhäian ein kleiner Thermosee entstanden, in welchem exotische Pflanzen werden gezüchtet werden. Das Gewässer wird ein wertvolles Schmuckstück in dem einzigartigen alpinen Park bilden, der kürzlich auf der Badeinsel errichtet wurde.

Hinrichtung in Innsbruck. Mittwoch um 7 Uhr früh wurde in Innsbruck der 24jährige Hilfsarbeiter Josef Eibel aus der Gemeinde St. Johann hingerichtet, der am 4. Jänner vom Innsbrucker Schwurgericht wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden war.

Ein Mailänder Theater abgebrannt. In der Nacht zum 9. Februar fiel das Mailänder Teatro Lyrica einem Brande zum Opfer. Dieses Theater war vor einigen Jahren mit großem Aufwand restauriert worden. Das Feuer brach gegen halb 8 Uhr morgens im Bühnenraum aus und es gelang trotz allen Anstrengungen nicht, das Gebäude zu retten. Der Brand währte bis 7 Uhr früh, zu welchem Zeitpunkt nur noch die Umfassungsmauern standen. Der Materialschaden ist sehr groß. Unfälle sind nicht zu vermeiden.

Rach der Kopoperation die Muttersprache vergessen. In einer deutschen Gemeinde Weparskiens wurde dem achtjährigen Kinde der Familie Snejčić durch den Hufschlag eines Pferdes die

Schädeldecke zertrümmert. Im Krankenhaus von Cetatea Albă wurde das Kind operiert und ihm zum Schutze des Gehirnes eine Platte eingesetzt. Als das Kind etwa acht Tage später nach der Operation zu sprechen begann, stellte sich heraus, daß es sich nicht mehr in seiner deutschen Muttersprache, sondern nur in der rumänischen Sprache verständigen konnte. Die Ärzte nehmen an, daß beim erlittenen Hufschlag das Sprachzentrum des Gehirns verletzt wurde.

Auf dem Eise eingebrochen. Beim Eislaufen in der Gemeinde Blumau bei Vozen brachen drei Töchter des Landwirtes Schreffenegger auf dem Eise ein. Ein Kind konnte sich selbst retten, das zweite wurde tot geborgen und das dritte bewußlos aus dem Wasser gezogen.

Helium für Luftschiffe. Das Staatsdepartement gab bekannt, daß die Ausfuhrlizenz für die erste Ladung Helium für das deutsche Luftschiff LZ 130 in der Höhe von 2.600.000 Kubikfuß gewährt worden sei. Dies stellt etwa ein Drittel der zur Füllung des Luftschiffes benötigten Heliummenge dar. Weitere Ausfuhrlicenzen werden jeweils gewährt werden, sobald die deutsche Pepsinfabrik sie anfordert.

Bei Castiglioni nur Gläubiger. Für Mittwoch war beim Bezirksgericht des ersten Wiener Bezirkes die öffentliche Versteigerung des Palais des ehemaligen Bankiers Castiglioni festgesetzt, der, wie bekannt, gegenwärtig in Mailand lebt. Es fanden sich jedoch lediglich die Gläubiger und keine Käufer ein, so daß die Versteigerung ergebnislos verlief. In dem Palais ist gegenwärtig die ägyptische Gesandtschaft untergebracht.

Geheimnisvolle Flugzeuge. Einer Meldung aus Darwin zufolge haben in der letzten Zeit geheimnisvolle Flugzeuge Nordaustralien und Darwin überflogen, über deren Bestimmung man sich im unklaren ist. Man nimmt an, daß es sich bei den unbekanntem Flugzeugen um Langstreckenflugzeuge handelt. Eine Untersuchung ist eingeleitet; am Mittwoch traf der australische Bizeflurmarschall William in Darwin ein.

Juden oder Araber? In Berlin wurde ein arabischer Klub eröffnet, dem alle in Berlin studierenden Araber angehören. Der Klub wird ein Bulletin herausgeben. Die deutsche Regierung wird in diesem Klub verschiedene Propaganda-Kurse veranstalten. Der Zusammenschluß der arabischen Studenten in diesem Klub erfolgte, weil die Araber auf der Straße häufig als Juden angesehen und insultiert wurden, während die deutsche Regierung Interesse an einem freundschaftlichen Verhältnis zu den Arabern hat.

Das Leben der Wale. Das britische Forschungsschiff „Discovery II“ ist am Montag vormittags aus Dunedin zu einer Fahrt um den Südpol ausgelaufen, wo es das Leben der Wale studieren und kartographische Arbeiten durchführen wird.

Gleiche Farbe — arabisches Risiko. Die Direktion und die Anhaber der arabischen und der jüdischen Autobusgesellschaften, welche den Verkehr in der Stadt und auch außerhalb derselben besorgen, erhielten ein Zirkular mit einer Regierungsverordnung, die besagt, daß alle Autobusse einheitlich mit einer bestimmten Aluminiumfarbe angestrichen werden müssen. Bisher war die Farbe der arabischen Autobusse von denjenigen der jüdischen Autobusse verschieden, so daß letztere von den Terroristen leicht erkannt werden konnten.

Lebendige Geographie. In London findet zur Zeit eine interessante pädagogische Ausstellung statt, auf der man auch eine amüsante neue Methode des geographischen Unterrichts kennen lernt, die an einigen englischen Schulen durchgeführt worden ist. Die Kinder stehen im Briefwechsel mit Schülern in anderen Ländern. Dieser Briefwechsel hat zum Thema die Mittelmeerländer, wie es „bei Euch aussieht“. Die englischen Kinder beschreiben London, die Themen, vielleicht ein Seebad oder gar den Aufenthalt auf dem Lande, die anderen tun das gleiche, und so bekommen die Schüler gegenseitig ein ganz lebendiges Bild von Städten, Landschaften und Gärten, das der Lehrer an Hand von Karten und Bildern ergänzt. Den Vogel abgeschossen hat aber eine Schulkasse, die mit einem englischen Kapitän in Briefwechsel steht. Der Kapitän befindet sich auf einer Weltreise. In jedem Hafen bekommt er ein Paket Briefe, die ihm das Neueste aus London berichten, und er seinerseits schildert, was er gerade erlebt. Der Eingang seiner Briefe macht aus der Unterrichtsstunde geradezu ein Fest.

Eine Petition mit 804.000 Unterschriften. Sir Archibald Sinclair, der Führer der Liberalen, überreichte Mittwoch im englischen Unterhaus ein mit 804.000 Unterschriften versehenes Memorandum, welches gegen die Steigerung der Lebenshaltungskosten in Großbritannien Stellung nimmt. Die Unterschriften waren in 44 Pakete gebunden, die im Original von 22 Personen auf den Tisch des Hauses niedergelegt wurden.

Starke Geburtensteigerung in der Sowjet-ukraine. In den ersten elf Monaten des Jahres 1937 gab es in Sowjet-ukraine 1.129.000 Geburten, d. h. um 39 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1936.

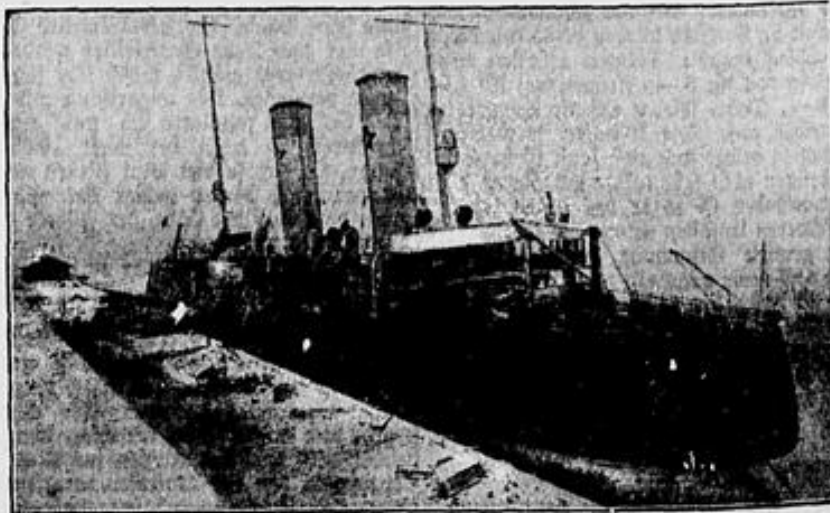
Wetter und Wühl. Unter dem Einfluß einer unscheinbaren Druckstörung, die allmählich gegen das Binnenland vordringt, nimmt die Bevölkerung in Böhmen von Westen her wieder zu. Im Nordwesten fällt etwas Regen oder Sprühregen. Somit behauptet sich in unseren Gegenden der Einfluß eines Mittwoch über den Karpaten liegenden Hochs. Bis auf seine Nebengebiete herrscht bei uns infolge dessen heiteres Wetter mit Hochmittagsstemperaturen von durchschnittlich plus 2 bis plus 3 Grad Celsius vor. In einigen Tälern im Osten des Staates, wo nachts minus 15 Grad Celsius bis minus 18 Grad verzeichnet wurden, blieb die Temperatur jedoch auch tagsüber etwas unter dem Gefrierpunkt. — Wetter: Ein leichtes Wetter Donnerstag. In den böhmischen Ländern verhärtete Bevölkerung und verhältnismäßig geringfügige Niederschläge, in den tieferen Lagen im ganzen etwas wärmer, auf den Bergen leichter Frost. Im Karpatengebiet noch keine wesentliche Veränderung. — Wetter am nächsten Freitag: Ruhig und teils neblig. Auch im Osten des Staates verhärtete Bevölkerung und nachts wärmer.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus dem Programm

Freitag

Prag, Sender 1: 7: Morgenmusik, 10:03: Deutsche Presse, 10:15: Deutsche Sendung: Für die Frau, 12:10: Schallplattenkonzert, 14: Deutsche Presse: Kompositionen von Heinrich Schütz, 16:50: Habita: Geigenquartett D-Moll, 18:10: Deutsche Sendung: Schmeißel: Wälmelieder im Eisdorfer, 18:20: Univ.-Prof. Frank: Ernst Bach zu seinem 100. Geburtstag, 18:35: Deutsche Arbeiter sendung: Aktuelle zehn Minuten, 18:43: Deutsche Presse, 18:55: Aus dem deutschen Kulturleben, 19:15: Salonorchester, 21:20: Rundfunk-orchesterkonzert, 22:20: Schallplatten. — Prag, Sender 11: 11: Symphoniekonzert auf Schallpl.: Mozart, Beethoven etc., 11:20: Deutsche Sendung: Curt Götz: „Der Mörder“, eine ärgertliche Begebenheit, 14:55: Deutsche Presse. — Brünn: 17:40: Deutsche Sendung: Dr. Obrist: Aus der Welt der Atome. — Dr. Lilli Polak: Jugend und Kunst. — Breslau: 15:15: Leichte Musik, 16:15: Fortläres Konzert, 17:30: Mandolinenkonzert. — Währ.-Lkran: 18:10: Deutsche Sendung: Dr. Riegert: Sittlichkeit und Religion. — Unterhaltungsmusik des Orchesters des Rins.



Auf der Fahrt zu Papanin So sehen die Eisbrecher aus, die der Nordpol-Expedition zu Hilfe eilen

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Textilarbeiter stehen zur freien Gewerkschaft

Die Redner der SDP können nicht genug betonen, daß die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit in der „Volksgemeinschaft“ aufgegangen sei und dort in Eintracht mit dem Kameraden unternehmer die völlischen Belange erledigt. Wirklichkeit sieht anders aus. Die arbeitenden Menschen sehen fast ausschließlich in den freien Gewerkschaften ihre Interessenvertretungen und lehnen die Gebilde der Volksgemeinschaft ganz entschieden ab. Ein Beispiel hierfür liefert die Darstellung des „Textilarbeiter“ in seiner Ausgabe vom 8. Februar. Dort heißt es in einer Betrachtung über die Stärke der Gewerkschaften in der Textilindustrie des Gausgebietes Teplitz-Schönbau:

Im Teplitzer Gebiet wurden Betriebsauswahlgremien in 34 Betrieben durchgeführt. Die Mandate verteilen sich auf folgende Organisationen:

Union der Textilarbeiter	110 Mandate
Brüderverband	4 Mandate
Christlicher Verband	1 Mandat
Kommunisten	1 Mandat
DAW	17 Mandate
Flg. Agr. Gewerkschaft	1 Mandat

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Union der Textilarbeiter über 80 Prozent der Mandate in den 34 Betrieben verfügt, in denen es Betriebsauswahlgremien gibt.

Teuerungsaushilfe für die Baggerarbeiter

In der am 8. Februar d. J. beim Revierbergamt in Brüx unter Vorsitz des Regierungsrates Jng. Santrock zwischen den Vertretern der Baggerarbeiterorganisationen einerseits und der Vertreter der Baggerunternehmungen andererseits geführten Verhandlungen ist es nach Uebereinbarung heftiger Widerstände im Lager der Unternehmer zu einer Vereinbarung über die an die Baggerarbeiter zu gewährenden einmaligen Teuerungsaushilfe gekommen, der sämtliche Organisationen zugestimmt haben. Vereinbarung wurde nachstehendes Protokoll:

1. Die Abraumunternehmungen Firma Robert Bernth Erben, Firma Karl Kindl u. Co. und Firma Paulsen Coer gewähren ihrer Arbeiterschaft eine einmalige Aushilfe, und zwar verheirateten Arbeitern 200 Kč, ledigen Arbeitern 120 Kč, soweit diese am 31. August 1937 bei der Firma beschäftigt waren und am 8. Februar 1938 bei derselben Firma im Arbeitverhältnis stehen. Krankheit wird nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet. Anspruch auf diese Aushilfe haben auch die auf der Grube Karl in Judtschitz bei der Firma Robert Bernth Erben beschäftigten Arbeiter, welche am 3. Februar d. J. darübergehend mit der Arbeit ausgesetzt haben und somit den Bedingungen dieser Vereinbarung entsprechen.

Ebenfalls haben Anspruch auf diese Aushilfe die gewesenen Arbeiter der Firmen, welche nach Beendigung des Militärdienstes auch nach dem 31. August 1937 zurückgekehrt sind und am heutigen Tage bei der Firma beschäftigt sind. Bezüglich der Arbeiterschaft der Firma Nebozil verpflichtet sich die Firma Karl Kindl u. Co. dieser den allmählichen Teil der heute vereinbarten Aushilfe für die Zeit zu bewilligen, welche sie im vergangenen Jahre bei ihr beschäftigt war, d. i. für ein und einhalb Monate soweit sie ansonsten den Bedingungen der heutigen Vereinbarung entspricht.

2. Diese einmalige Aushilfe wird im ganzen am 18. Februar 1938 ausbezahlt.

An den Verhandlungen haben für die Union der Baggerarbeiter Haase und Göpfert und für den Revierrat in Brüx Demel und Tichy teilgenommen.

Die Bodenreform im heurigen Jahre

Dem Programm des Landwirtschaftsministeriums zufolge sollen heuer im Rahmen der Bodenreform in Böhmen rund 6000 Hektar Wald, u. zw. besonders aus den Großgrundbesitzern Schwärzenberg, Liechtenstein und Mochan, im Lande Mähren-Schlesien 5500 Hektar Wald, in

der Slowakei und in Karpatenland 5000 Hektar Wald zugeteilt werden. Für die Waldzuteilung kommen in erster Reihe Gemeinden oder andere Selbstverwaltungskörperschaften und Waldgenossenschaften in Frage, die aus Landwirten bestehen, welche in dem betreffenden Interessengebiet ansässig sind. An der heutigen Waldzuteilung in Böhmen wird die Hauptstadt Prag bedeutenden Anteil haben.

Auch in der Zuteilung von Ackerboden wird vorgefahren werden. In Böhmen wird die Bodenreform vor allem auf dem Großgrundbesitz Münchengrätz, und zwar auf einer Fläche von 1440 Hektar durchgeführt werden. In der Slowakei und in Karpatenland werden für die Kleinlandwirte weitere Zuteilungen von ungefähr 10.000 Hektar vorbereitet.

Für die kleine Zuteilung werden auch Grundstücke von Neugütern herangezogen werden, auf denen nicht erfolgreich gewirtschaftet wurde.

Plan zur Förderung der Gebirgswirtschaft?

Wir haben immer wieder darauf verwiesen, daß auch die speziellen Interessen unserer süddeutschen Gebirgslandwirte in der Karpatenpolitik mehr als bisher Berücksichtigung finden müssen. Bei ihrer letzten Vortragsrede teilte nun der Landwirtschaftsminister Dr. Raditsch ab. Raditsch und dem Vertreter des deutschen Kleinbauernverbandes mit, daß gegenwärtig im Landwirtschaftsministerium an einem Hilfsprogramm für die Gebirgslandwirtschaft gearbeitet werde.

Dieses Arbeitsprogramm geht von dem Gedanken aus, daß das Zentrum der hauptsächlich in den Händen von mittleren und kleinen Landwirten befindlichen Gebirgslandwirtschaft die Viehzucht ist. Rindvieh, Schafzucht, in den höheren Gegenden auch Schafe. Die gesamte Pflanzenproduktion des Gebirgsgebietes muß sich den Interessen der Viehzucht anpassen und unterordnen. Hauptziel der Förderung der Viehzucht muß sein: Das untere Gebirgsgebiet, die Kammer für Jucht- und Ruzwied werden, die mit ihrem Material auch die Ebene zu versorgen haben. Als Förderung der Qualität der Nutztiere, insbesondere Ermöglichung des Ankaufes von gutem Zuchtmaterial in den Gebirgsdörfern, Einrichtung von Märkten für Jucht- und Ruzwied in den Gebirgsbezirken, Aufkauf von Qualitätsmaterial auf Genossenschaftsböden, Erhöhung und Bereicherung der Schafzucht schon wegen der Vermehrung der Wollschafzucht zur Bekämpfung der Ernährungsnot der Gebirgsbevölkerung und Ermöglichung des Ankaufes der notwendigen Futtermittel.

Für das Niederebengebiet und die Gobe Tatra im Interesse des Tourismus und der Erholung und

Die Verhandlungen im Strauer Revier. Bei den in Prag vor Weihnachten stattgefundenen Verhandlungen wegen einer einmaligen Aushilfe für die Bergarbeiter des Strauer-Reviers wurde beschlossen, daß zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Grubenbesitzer auch darüber verhandelt werden wird, wie einige Inflationen des Bergarbeiterkollektivvertrages befristet werden könnten. Die Erledigung dieser Frage wurde dann einem besonderen, gemeinsamen Ausschuss übertragen, welchem je fünf Vertreter der Bergarbeiterorganisationen und der Grubenbesitzer angehören. Mittwoch trat dieser Ausschuss zusammen und nach einer allgemeinen Debatte wurden einige Bestimmungen des Kollektivvertrages durchberaten, wobei die Vertreter der Bergarbeiter Vorschläge zu deren Klärung machten. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, daß die Vertreter der Bergarbeiter ihre Anmerkungen der Direktorenkonferenz schriftlich vorlegen werden. Die Direktorenkonferenz wird dann über dieselben beraten und ihren Standpunkt einnehmen. Hierauf wird über die Angelegenheit in einer neuen, gemeinsamen Sitzung beraten werden.

Vor Verbindlichkeitsklärung eines Glasvertrages. Der Arbeitgeberverband der Glasindustrie in Teplitz-Schönbau und die Gewerkschaften haben beim Fürsorgeministerium um die Rechtsverbindlichkeit des Glasvertrages angefragt. Während 41 betriebsführende Firmen den Vertrag anerkennen, haben sechs Firmen gegen die Verbindlichkeitsklärung Einspruch erhoben. Trotz dieses Einspruches dürfte es aber in Kürze zur Verbindlichkeitsklärung kommen.

Die deutsche genossenschaftliche Geldausgleichsstelle (Kiesewetter), hat vor einigen Tagen die Bilanz-Sitzung für 1937 abgehalten. Die genossenschaftliche Geldzentrale zählt 177 Kassen als Mitglieder. Der Umsatz der Geldausgleichsstelle erreichte im Geschäftsjahr 1937 100,7 Millionen; sie ist zu 95 Prozent liquid. Von den Einlagen der Mitgliedsbanken sind 28 Millionen Kč bei Geldanstalten veranlagt. Die Wertpapiere sind in der Bilanz mit 10,8 Millionen verzeichnet.

Man erhält für	Kč
100 Reichsmark	568.—
100 Markwägen	660.—
100 österreichische Schilling	633.50
100 rumänische Lei	14.22
100 polnische Lotn	522.50
100 ungarische Pengö	566.—
100 Schweizer Franken	660.50
100 französische Francs	635.57
1 englisches Pfund	142.37
1 amerikanischer Dollar	28.30
100 italienische Lire	120.40
100 holländische Gulden	1587.—
100 jugoslawische Dinare	62.05
100 Belgas	482.—
100 dänische Kronen	631.—
100 schwedische Kronen	733.—

net, wovon die Staatskassenscheine den größten Anteil haben. Der Wechselbestand macht am 31. Dezember 1937 rund eine Million Kč aus und ist gegenüber dem 30. Juni 1937 um 25 Prozent niedriger. Die Schuldner stiegen von 800.000 Kč auf 2,8 Millionen Kč seit dem Halbjahresabschluss 1937. In der Erfolgsrechnung wird mit einem Gewinn von 63.400 Kč abgeschlossen. Das Anteilkapital beträgt eine Million, 44 Tausend, so daß eine vierprozentige Anteilverzinsung der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt wird. Die Inanspruchnahme der Kredite ist also sehr mäßig, woraus ersichtlich ist, daß die Liquidität bei den Kreditgenossenschaften und Vorstufkassen vielfach aus eigener Kraft wieder hergestellt werden konnte.

In Kürze:

Wo Sozialisten regieren. Der Kabinettsrat in Kopenhagen hat in einer mehrere Stunden dauernden Sitzung eine Anzahl Gesetzesentwürfe behandelt, die im Reichstag eingebracht werden. Es handelt sich um Anträge zur Ausbesserung der Besoldungen für alle Arbeiter, Staatsausgaben für die Sanierung verfallener landwirtschaftlicher Betriebe und einen Kredit von 90 Millionen Kronen für Wohnungsbau.

Weltkonkurrenz gegen Japan. Delegierte aus vielen Ländern treten Ende dieser Woche in London zusammen, um den Weltkonkurrenz gegen Japan zu organisieren. Sonntag werden zu einer Massensammlung in der Coventgardenoper Edward Derricott, Präsident der französischen Deputiertenkammer, und Frau Susan Derricott, die Witwe des Gründers der Chinesischen Republik und Schwägerin Tschang-kaischek, sprechen. Paul Robeson, der große Negerdancer, der eben von einem Besuch bei den spanischen Freiheitskämpfern zurückkehrt, wird mit. (bn.)

Reisepaß nur für Arier. Bei der Ausstellung von Reisepässen wird im Dritten Reich gegenwärtig auch der Rassewert der arischen Abstammung verlangt.

Eine überflüssige Reise. Der britische Parliamentsauschuss zum Studium der Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe wird am 20. Februar eine vierstägige Studienreise nach Deutschland antreten. Als Teilnehmer sind die Herren C. H. D. C. E. L. E. besetzt, die sich mit dieser Studienreise und betont, daß ihre Wert zweifelhaft sei.

Englandsfunk für Südamerika. In einer amtlichen Mitteilung aus Rio de Janeiro werden für die nächste Zukunft englische Rundfunksendungen nach Lateinamerika in portugiesischer und spanischer Sprache angekündigt. Die Organisation dieser Sendungen nach Brasilien sei im Einvernehmen mit der brasilianischen Botschaft in London getroffen worden.

Wovon Kopenhagen spricht

Alte Brandes-Manuskripte Der Justizminister und die Richter

Vor wenigen Monaten wurden in der Dachkammer eines Kopenhagener Mietshauses mehr als hundert Manuskripte von George Brandes gefunden. Der schon alternde Kritiker hatte anscheinend selbst alle seine Manuskripte, die schon veröffentlicht waren, einem noch älteren Reiseskizzen anvertraut und diese „Bagage“ seiner geistigen Arbeit nach dem Dachboden bringen lassen. Er nahm den Reiseskizzen nicht mit, als er in eine andere Wohnung überzögele, und so kamen diese Papiere erst jetzt wieder ans Licht. Der beste dänische Publizist, Anker Sorensen, hat diesen Fund einer geistreichen rückschauenden Analyse unterzogen. Daß es kein leeres Nesthühner war, beweist das folgende Einzelbeispiel. Eine englische Zeitschrift fragte ein George Brandes, welche soziale Reform, falls eine solche durchgeführt worden wäre, ihn am stärksten erfreuen würde? Der große Publizist, der in so vielen Fragen seiner Zeit vorausgewachsen war, antwortete kurz: „Ich glaube an keine.“ So stark war er an sein bürgerliches Milieu gebunden! Drei bis vier Jahrzehnte später ist sein Dänemark, sind alle skandinavischen Königreiche Musterländer der sozialen Reformen.

In Dänemark fanden die zuerst von der bürgerlich-radikalen Regierung langsam vorbereiteten und dann von der sozialdemokratischen Regierung mit feiler Hand durchgeführten sozialen Reformen einen fruchtbaren Boden und viel Verständnis. Gelebte doch seit je zu den dänischen Traditionen, daß die Jugendlichen für die Alten sorgen oder daß kein Kind hungern ins Bett gehen dürfte! Aber doch waren damals, um nur wenige Beispiele zu nennen,

die jetzt gesetzlich geregelte Altersrente oder das zum Schulprogramm der Gemeindeschulen gehörende warme Frühstüd für alle Schüler noch vage Träume. Unwissenheit ist bedeutend mehr und gar wichtiger durchgeführt worden, und wenn es noch Polemiken und Kämpfe in der Presse gibt, so nur aus dem Grunde, weil die besitzende Bourgeoisie, die Höhe der Abgaben fühlend, gern zum System der „billigeren“ privaten Wohltätigkeit zurückkehren möchte.

Die von der Sozialdemokratie mit den Radikalen gebildete Regierung verfügt über in den beiden Kammern des Parlaments über eine so sichere Majorität, daß alle Redereien der konservativen Opposition gegen die „Ausplünderung durch Steuern“ nur leere Phrasen bleiben. Nicht so in Schweden, wo die soziale Fürsorge gleichfalls ein hohes Niveau erreicht hat. Die von den schwedischen Sozialdemokraten geführte Koalition sieht noch nicht so weit im Sattel, daß man es wagen dürfte, den ganzen Beamtenapparat nach dem bekannten amerikanischen Muster aus den Anhängern der maßgebenden Partei oder der koalitierten Parteien zu bilden. In seinem Lande ist der alte feudale Geist so stark in gewissen Kreisen ausgeprägt wie in Schweden, — und da der Beamtenstand sich aus den Reihen der einst so mächtigen Feudalsten rekrutiert, werden viele soziale Maßnahmen der Regierung im Stillen sabotiert.

Dies ist in Dänemark keineswegs der Fall. Die Regierung toleriert sowohl die Konservativen wie die Anhänger der auch oppositionellen Bauernliste in allen Beamtenstellungen, und von einer Sabotage auf dem Gebiete der sozialen Reformen ist nicht das Mindeste zu merken. Die politischen und geistigen Kämpfe nehmen kein Ende, — jedoch bleibt das Gebiet der sozialen Hilfe von ihnen fast unversehrt. Es soll hier nicht die alte Frage untersucht werden, ob die Richter, denen in den demokratischen Ländern eine Unabhängigkeit garantiert wird, auch zum Beamtenstand gehören oder sich nur von ihrem Gewissen leiten lassen müssen, wo ein Staatsbeamter

sonst nur zu gehören hätte. Diese Frage ist in Dänemark insofern aktuell geworden, als zwischen dem ganzen Richterstand des Landes und dem jetzigen sozialdemokratischen Justizminister Steinde ein scharfer Konflikt entstanden ist. Steinde hat nämlich ein Gesetzesprojekt dem Parliamente unterbreitet, das die Schaffung eines hohen Appellationsgerichts vorsieht. Die Vorgesichte dieses Gesetzesprojektes weist einen krassen Fall auf, der in den letzten drei Jahren die Gemüter in ganz Dänemark erschütterte hatte. Einem Richter wurde nachgewiesen, daß er in einer Gerichtsverhandlung einen Zeugen unkorrekt behandelt hatte, und obwohl diese Tatsache nicht geahndet werden konnte, obwohl derselbe Richter schon früher selbst wegen Injurien zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, obwohl man das Justizministerium mit Beschwerden befümmerte, daß das Bürgerium zu einem solchen Richter kein Vertrauen besitze, hatte der Justizminister keine Vollmacht, den Richter aus dem Richterstand zu entfernen. Er durfte nur aus einer Kriminalkammer in eine Staatskammer versetzt werden.

Steinde will nunmehr, mit Billigung des Kabinetts, ein hohes Appellationsgericht schaffen, das jedem Bürger das Recht gibt und die Möglichkeit schafft, gegen einen Richter zu klagen, insofern der Angeklagte oder ein Zeuge oder ein Sachverständiger sich in seinem Rechte beeinträchtigt fühlt. Ein humanes, ein echt demokratisches Gesetzesprojekt, dem man solche Durchführung wünschen muß. Diese Auffassung teilen aber die dänischen Richter nicht! Mit der Berufung auf die ihnen von der Verfassung gewährte Unabhängigkeit und auf die Möglichkeit, daß jeder, jeder Verurteilte zu einem Querulanten werden und zum Appellationsgericht laufen würde, lehnen sie gemeinsam das zu erwartende Gesetz ab. Es ging so weit, daß der Verband der dänischen Richter mit dem — Streike drohte, falls das Projekt die Kraft eines Gesetzes annehmen und kein geringeres als der Präsident des höchsten Gerichts sich anfan-

digen, daß er das Gesetz als mit der Verfassung unvereinbar nicht anerkennen würde.

Die Wellen der Richteraufregungen gingen hoch, sehr hoch, und die oppositionelle Presse benutzte die Gelegenheit, um den ihr verhassten sozialdemokratischen Justizminister zu verhöhnen. Es gehörte zum dänischen Charakter, daß in der Presse Polemiken in einem sehr frischen, offeneren Tone geführt werden, und gerade der Justizminister Steinde, ein Mann aus dem Volke, ist dafür bekannt, daß auch er es nicht liebt, die süße Blumenprache zu gebrauchen. Auch er hat seinen Gegnern eine Antwort durch die Presse gegeben: Der Präsident des Höchstgerichtes scheint vergessen zu haben, daß die gesetzgebende Macht, das heißt die Regierung und das Parlament, ihm nicht unterstellt sind. Mag er so viel protestieren wie er will, es kann auch ein anderes Gesetzesprojekt mit Hilfe der sicheren Majorität in den beiden Kammern des Parlaments durchgeführt werden, und zwar ein solches, das das reaktionäre sich gebärdende und sich allmählich dunkelnde Höchstgericht ganz abschafft! In der Verfassung steht kein Wort darüber, ob die höchste Instanz ein Höchstgericht oder ein Appellationsgericht sein müsse, und wenn die Richter nach den Mustern, die sie sonst scharf beurteilen, streifen würden, dann müßte ein neues Gesetz geschaffen werden, das den Richtern jede Möglichkeit nehmen würde, einen Staat im Staate zu bilden.

Es ist noch dieser kräftigen Auslassung des Justizministers fällt in der Presse darüber geworpen, wie sich der Richterstand weiter gebärdet wird, wenn das Gesetz, worüber kein Zweifel ist, in der nächsten Session des Parlaments behandelt und sicher angenommen wird. Wenn es zur Verhandlung kommen wird, wird der dänische Justizminister nicht nur in Dänemark die Gemüter befechtigen. Denn ein solches Appellationsgericht, das dem Richter den Nimbus der Heiligkeit nimmt, ist auch in so manchen anderen Lande hohe Notwendigkeit.

